

interpretieren die Genfer Abkommen dahingehend, dass es nicht gegen internationales Recht verstösst, wenn die Einreichung eines Asylgesuches auf die Grenze oder das eigene Staatsgebiet eingeschränkt wird. Wie schon in der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Sommaruga Carlo 09.3103 festgehalten wurde, kann gemäss dem Vernehmlassungsentwurf zur Änderung des Asylgesetzes die Einreise im Rahmen des ausländerrechtlichen Einreise- und Visumverfahrens weiterhin bewilligt werden, sofern eine unmittelbare und ernsthafte Gefährdung an Leib und Leben besteht. Damit wahrt die Schweiz ihre humanitäre Tradition und die Einhaltung des Verfassungs- und Völkerrechtes. Im Übrigen möchte ich auf die Ausführungen des Bundesrates zur Interpellation verweisen.

09.5381

Fragestunde.
Frage Wasserfallen Christian.
Reform des Bundesrates
Heure des questions.
Question Wasserfallen Christian.
Réforme du Conseil fédéral

Einreichungsdatum 14.09.09
 Date de dépôt 14.09.09

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat fällt am 26. August 2009 einen Grundsatzentscheid zur Staatsleitungsreform. Er beauftragte das EJPD, in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei bis im Frühling 2010 neue Vorschläge zu unterbreiten. Insbesondere will er organisatorische Massnahmen näher prüfen, mit denen die Wahrnehmung der Regierungsfunktion durch das Kollegium gestärkt werden kann, die jedoch keine grundlegenden institutionellen Änderungen erfordern, z. B. die Optimierung und Flexibilisierung der Bundesratssitzungen, dann auch – und das ist dringendst nötig – mehr Zeit für Grundsatzdiskussionen. Zudem wird eine längere Amtsdauer des Bundespräsidiums geprüft und dabei auch die Möglichkeit der Verbindung des Bundespräsidiums mit der Führung des EDA untersucht. Der Bundesrat hat sich bislang noch nicht festgelegt, um wie viele Jahre die Amtsdauer des Bundespräsidiums verlängert werden soll und ob das Bundespräsidium tatsächlich mit dem EDA verknüpft werden soll. Klar ist jedoch, dass die Verlängerung der Amtsdauer des Bundespräsidiums eine Änderung der Bundesverfassung erforderlich macht, weil nach Bundesverfassung das Bundespräsidium ein Jahr dauert. Eine Prüfung der Volkswahl des Bundesrates oder auch die Prüfung einer Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Bundesrates ist zurzeit nicht vorgesehen.

09.5382

Fragestunde.
Frage Bischof Pirmin.
Revision des Konkursrechtes
Heure des questions.
Question Bischof Pirmin.
Révision du droit de la faillite

Einreichungsdatum 14.09.09
 Date de dépôt 14.09.09

*Frage wird nicht beantwortet (Urheberin/Urheber abwesend)
 Il n'est pas répondu à la question (l'auteur est absent)*

09.5321

Fragestunde.
Frage von Siebenthal Erich.
Die Wolfsangriffe
überschreiten das Zumutbare
Heure des questions.
Question von Siebenthal Erich.
Attaques perpétrées
par des loups. Trop c'est trop!

Einreichungsdatum 14.09.09
 Date de dépôt 14.09.09

Leuenberger Moritz, Bundesrat: Der Betrag von 800 000 Franken ist für die Unterstützung der Kleinviehhalter im Rahmen des Wolfskonzeptes budgetiert. Er dient der Finanzierung der Herdenschutzmassnahmen und reicht für das Jahr 2009 aus. Im Jahr 2009 wurden bisher etwa 200 tote Schafe und Ziegen gefunden, die von Wölfen gerissen worden waren. Die dafür zu leistenden Entschädigungszahlungen werden damit voraussichtlich von bisher 60 000 auf 100 000 Franken ansteigen. Im Vergleich zu den Ausgaben zur Umsetzung von Herdenschutzmassnahmen ist dieser Betrag relativ klein. Er wird über das Wildschadenbudget des Bafu gedeckt.

In den letzten zwei Jahren waren in der Schweiz mindestens zwölf verschiedene Wölfe unterwegs. Gegen die Übergriffe des Wolfes auf Schafe helfen – das zeigen auch die Beispiele dieses Sommers – verstärkte Herdenschutzmassnahmen. Die grosse Mehrheit der Angriffe entfiel auf ungeschützte Herden. Angezeigt ist deshalb ein verstärkter Schutz der Schafe durch Hirten und Hunde anstelle eines verminderten Schutzes für den Wolf. Schutz Hunde sind weder aggressive noch gefährliche Hunde. Bei mittlerweile rund 150 im Einsatz stehenden Herdenschutzhunden gab es in den letzten Jahren lediglich ein halbes Dutzend kleinerer Vorfälle, und dies trotz unzähligen Touristen im Berggebiet. Aber es ist klar: Im Umgang mit Herdenschutzhunden sind, wie etwa auch beim Durchqueren einer Herde mit Mutterkühen, gewisse Verhaltensrichtlinien einzuhalten.

09.5328

Fragestunde.
Frage Rickli Natalie Simone.
Geldstrafe
für den verurteilten Chefredaktor
des Schweizer Fernsehens
Heure des questions.
Question Rickli Natalie Simone.
Peine pécuniaire
à l'encontre du rédacteur en chef
de la télévision suisse alémanique

Einreichungsdatum 14.09.09
 Date de dépôt 14.09.09

Leuenberger Moritz, Bundesrat: Das Bezirksgericht Zürich hat vor etwa drei Wochen bedingte Geldbussen gegen den Chefredaktor des Schweizer Fernsehens und gegen andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgesprochen. Die Bussen müssen somit von den Verurteilten gar nicht bezahlt werden. Was die Budgetierung für den Gerichtsfall betrifft, so hat das Schweizer Fernsehen in der Tat eine buchhalterische Rückstellung gebildet. Das ist vorausschauend und auch nachvollziehbar.